

# Forschungsberichtsblatt

## Klimaschutz in Baden-Württemberg: Chancen und Möglichkeiten Nationaler Projekte

Zuwendungsnummer ZO3K 23006

### 1. Kurzbeschreibung des Forschungsergebnisses

In diesem Forschungsvorhaben wurden Chancen und Möglichkeiten der Einführung Nationaler Projekte (NP) in die Klimaschutzpolitik Deutschlands im Allgemeinen, und Baden-Württemberg im Besonderen untersucht. Im Rahmen des Projekts wurde eine Definition für Nationale Projekte entwickelt und dieses Instrument von anderen klimapolitischen Instrumenten abgegrenzt. Basierend auf Überlegungen zu einem Anerkennungsverfahren für Nationale Projekte wurde ein Implementierungstest anhand von zwei Fallbeispielen durchgeführt. Gewählt wurden ein Projekt aus dem Gebäudesanierungsbereich und ein Projekt aus dem Bereich regenerativer Energien (Holznahwärmeverbund). Aufbauend auf diesen Fallbeispielen wurden folgende praktische Umsetzungsprobleme identifiziert, für welche Lösungsvorschläge entwickelt worden sind:

- Zusätzlichkeit (*Additionality*)
- Doppelzählungen
- Kreditierung
- Transaktionskosten

Letztlich wurde das aus NP resultierende Einsparpotenzial für Baden-Württemberg abgeschätzt. Hier kam die Studie zu dem Ergebnis, dass der für NP vorhandene Spielraum aufgrund der hohen Regelungstiefe des deutschen Klimaschutzprogramms begrenzt ist. Die Potenzialabschätzung für Projekttypen, die das Kriterium der *Policy Additionality* erfüllen, ergab für Baden-Württemberg nur Nischen. Damit dürften NP besonders in Ländern mit einem beschränkten *Policy-Mix* im Klimaschutz interessant sein. Allerdings wäre es auch möglich, dass es durch den von NP ausgehenden ökonomischen Anreiz auch in Deutschland zu innovativen Minderungsmaßnahmen in Bereichen außerhalb des EU-Emissionshandels (EU-EH) oder anderer Politiken und Maßnahmen kommt.



## 2. Welche Fortschritte ergeben sich für die Wissenschaft und/oder Technik durch die Forschungsergebnisse?

In dieser Studie wurde eine umfassende Definition für Nationale Projekte erarbeitet. Des Weiteren konnten durch die Anwendung auf Fallbeispiele praktische Umsetzungsprobleme identifiziert und Lösungen entwickelt werden. Schließlich erfolgte zum ersten Mal eine umfassende quantitative Analyse der Potenziale für NP in Baden-Württemberg, auf deren Basis sich jedoch auch eine Abschätzung für Deutschland ableiten lässt.

## 3. Welche Empfehlungen ergeben sich aus dem Forschungsergebnis für die Praxis?

Das Forschungsprojekt kommt zu dem Schluss, dass die Einführung Nationaler Projekte in Deutschland – sowie allen Staaten mit einem verbindlichen Emissionsreduktionsziel und Teilnahme am Emissionshandel – sinnvoll und viel versprechend ist, solange der Emissionshandel nur einen Teil der Treibhausgas-Emissionen abdeckt. Außerdem erscheinen NP als die logische Ergänzung zu *Joint Implementation*. Hat sich ein Land zugunsten der Zulassung von JI als Gastland entschieden, dann können auch NP ohne größeren Mehraufwand eingeführt werden. Am einfachsten könnte dabei die Umsetzung NP ermöglicht werden, wenn unilaterale JI Projekte im Rahmen der Kyoto-Instrumente zugelassen werden würden. In Deutschland sollte auf Grund der hohen Regulierungsdichte, die den Spielraum für nationale Projekte erheblich eindämmt, besonders die Frage gestellt werden, ob eine Abkehr von Regulierungen und verstärkte Zuwendung zu ökonomischen Instrumenten langfristig sinnvoll wäre. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der Finanznot der öffentlichen Haushalte zu sehen. Eine wichtige Forschungsfrage für die Zukunft wird darin gesehen, inwiefern bestehende Fördermaßnahmen eine Generierung nationaler Zertifikate ausschließen.

Eine weitere Empfehlung der Studie bezieht sich auf die zeitliche Umsetzung. Der Diskussionsprozess zur Implementierung Nationaler Projekte sollte möglichst bald eingeleitet werden, so dass im Zuge der Umsetzung der *Linking*-Richtlinie bezüglich der Regelungen für JI analoge Regelungen für NP verabschiedet werden.

Die Studie erlangte zusätzliche Aktualität durch die Verabschiedung der EU *Linking*-Richtlinie zum Einbezug der projektbezogenen Kyoto-Mechanismen in den EU-EH. Diese Erweiterungsrichtlinie sieht u.a. vor, dass die EU-Kommission bis Mitte 2006 Modalitäten und Verfahren für die Genehmigung innerstaatlicher Projektmaßnahmen prüft. Die Forschungsergebnisse wurden auf einem Workshop auch Mitgliedern der EU Kommission und des EU Parlaments vorgestellt, so dass die erzielten Ergebnisse in die zukünftige Prüfung einbezogen werden können.

